

Länder für Frauenquote

Breite parteiübergreifende Mehrheit im Bundesrat

BERLIN/BAYREUTH
Von Elmar Schatz

Eine Frauenquote befürwortet der Bundesrat mit breiter, parteiübergreifender Mehrheit, und auch ein Mindestlohn wird selbst von unionsregierten Ländern unterstützt. Doch haben beide Vorhaben im Bundestag kaum eine Chance. Wir haben oberfränkische Abgeordnete um ihre Meinung dazu gebeten.

Der Bundesrat hat sich geschlossen für eine feste Frauenquote in den Aufsichtsräten großer Unternehmen ausgesprochen. Als erstes Verfassungsorgan sprach sich die Länderkammer für eine gesetzliche Regelung aus. Jetzt muss sich der Bundestag damit befassen – dort hat die Initiative wenig Chancen. Unsere Zeitung fragte: Braucht es nicht die Quote, damit Frauen ihrer oft anspruchsvollen Ausbildung entsprechend beruflich zum Zuge kommen?

„Die Qualifikation muss auch künftig das ausschlaggebende Kriterium bei der Stellenbesetzung sein und bleiben“, antwortete der parlamentarische Finanz-Staatssekretär Hartmut Koschyk (CSU/Bayreuth). Die Politik dürfe keinem Unternehmen die Entscheidung für den besten Kandidaten aus sachfremden Kriterien – wie dem Geschlecht – verbieten.

„Die SPD kämpft für eine fixe Quote von mindestens 40 Prozent in deut-

schen Aufsichtsräten“, so Arbeitsmarktexpertin Anette Kramme (SPD/Bayreuth). Frauen verdienten ehrliche Chancen für beruflichen Erfolg. „Die freiwillige Quote ist so sinnvoll wie ein freiwilliges Steuersystem“, sagt Kramme.

„Eine gesetzlich vorgegebene Frauenquote für Führungspositionen ist für mich der falsche Ansatz. Egal ob Frau oder Mann – auf das Können kommt es an“, so der Forchheimer FDP-Abgeordnete Sebastian Körber.

„Das sind wir den Frauen schuldig“, meint Grünen-Abgeordnete Elisabeth Scharfenberg zur Quote. „Schließlich weisen wir heute die bestausgebildete Frauengeneration auf, die unser Land je hatte.“ Diese Frauen würden in den Führungsetagen dringend gebraucht.

Pro Mindestlohn plädiert die schwarz-rote Thüringer Regierung, doch eine Abstimmung gab es im Bundesrat noch nicht. Auch andere CDU-regierte Länder haben bereits Sympathie für das eigentlich rot-grüne Anlie-

Alte Kennzeichen wieder erlaubt

BERLIN. Städte und Gemeinden können wieder alte Kfz-Kennzeichen einführen, eine völlige Liberalisierung soll es nach dem Willen des Bundesrates aber nicht geben. Der Landkreistag beziffert den zusätzlichen Verwaltungsaufwand auf rund 4,25 Millionen Euro. dpa

gen bekundet. Einem möglichen positiven Beschluss des Bundesrates für das Thüringen-Modell werden im Bundestag aber – wie bei der Frauenquote – wenig Chancen eingeräumt.

„Einen gesetzlichen Mindestlohn lehne ich ab“, sagt Koschyk, „halte aber branchenbezogene und regionalbezogene Lohnuntergrenzen für notwendig. Auch sollten mehr Tarifverträge für allgemeinverbindlich erklärt werden.“

„Wir brauchen einen Mindestlohn, um zumindest die größten Niedriglohn-Exzesse zu verhindern“, sagt Kramme – die betont, für die SPD-Fraktion wäre alles, was unter 8,50 Euro Stundenlohn liegt, schwer zu akzeptieren. Lobenswert sei der Thüringer Vorstoß, doch bleibe ein Wermutstropfen, dass Thüringen keine konkrete Lohngrenze nennt.

„Allgemeine, flächendeckende Lohnuntergrenzen für alle Branchen sind kein Allheilmittel, sondern würden neue Hürden insbesondere für junge Menschen aufbauen“, so Körber.

„Der Niedriglohnsektor ist dramatisch gewachsen und die Lohnarmut von heute ist die Altersarmut von morgen“, erklärt Scharfenberg. „Es kann doch nicht sein, dass Menschen in Deutschland Vollzeit arbeiten und nicht davon leben können, sondern mit Arbeitslosengeld II aufstocken müssen. Der flächendeckende Mindestlohn muss her“, fordert Scharfenberg.

Mit Material von dpa